



**Helmut Landsiedel**  
Fraktionsvorsitzender

**Christina Musculus-Stahnke**  
stv. Fraktionsvorsitzende

**Silke Jürgensen**  
Stv. Fraktionsvorsitzende

**Wolf-Dietmar Brandtner**  
Ratsherr

## Presseinformation

Nr. 140/2010 Kiel, 19. November 2010

*Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!*

Energieausweis

### **Rechtsgrundlage für die Kontrolle klären!**

In der gestrigen Sitzung der Ratsversammlung sagte die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Christina Musculus-Stahnke, in der Debatte zu TOP 11.13 „Datenerhebung zur Ausstellung und Verwendung von Energieausweisen gemäß §16 EnEV“:

„Nach dem Willen der Antragsteller soll das Ordnungsamt kontrollieren, ob Vermieter bei einer Neuvermietung ihren Mietern einen Energieausweis vorlegen oder ob sie den Mietern den Verzicht hierauf vorgeben.

Herauszufinden, ob gesetzliche Vorschriften eingehalten oder umgangen werden, mag für ordnungsliebende Menschen wichtig sein. Für einen an der Obrigkeit orientierten Menschen ist es noch viel wichtiger. Für einen demokratisch und freiheitlich denkenden Menschen ist es ganz entscheidend zu fragen, ob es von Gesetzeswegen einer Kommune überhaupt erlaubt ist - insbesondere als Ordnungsamt - aus eigenem Antrieb nachzuforschen, ob der §16 EnEV eingehalten wird.

In einem Punkt haben die LINKEN völlig recht: „Ein Gesetz, dessen Einhaltung nicht durchgesetzt wird, ist widersinnig“. Trotzdem gibt es ganz viele Gesetze, deren Einhaltung nicht durchgesetzt werden, sei es aus Gründen des Datenschutzes, der Kosten oder weil die geeigneten Kontrollinstrumente fehlen.

Die Frage ist daher, ob es für den Antrag der LINKEN überhaupt eine Rechtsgrundlage gibt. Diese Frage sollte im Innen- und Umweltausschuss abschließend geklärt werden. Der Überweisung ist daher zuzustimmen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer